



# GÖTTINGER BLÄTTER

03.2015

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

## ► Willkommenskultur in Göttingen!?

**Hohe Wellen schlägt der Protest des auf den Zietenterassen wohnenden Clausthaler Informatikprofessors Harald Richter gegen ein dort geplantes Flüchtlingswohnheim.**

Richter ist der Ansicht, dass mit der Errichtung eines Wohnheims für Flüchtlinge und Asylsuchende in unmittelbarer Nachbarschaft der Fraunhofer-Außenstelle ein eigenes Institut „wirtschaftlich nicht mehr darstellbar“ ist. *„Kein Industriepartner wird es der Außenstelle angesichts von in Gruppen herumstehenden Afrikanern, die nicht arbeiten dürfen, sowie verschleierte Frauen mit zahlreichen Kindern glauben, dass an diesem Standort Hochtechnologie gemacht wird,“* so Richter.

Die betroffene Fraunhofer-Gesellschaft distanzierte sich deutlich und prüft rechtliche Schritte gegen Richter. Auch die Hochschule für Wissenschaft und Kunst (HAWK), die TU Clausthal, und verschiedene IT-Firmen auf den Zietenterassen distanzieren sich (vgl.: unter [www.goest.de](http://www.goest.de); Flüchtlingsablehner Prof. Richter-Fraunhofer-Gesellschaft kennt ihn nicht mehr).

Lars Wätzold (Göttinger Comedy-Company) empfahl in einem Leserbrief an das Göttinger Tageblatt Richter nach der Initiative „Göttingen hilft“ die Initiative „Göttingen spinnt“ zu gründen. Andere verwunderte GT-Leser sprechen Richter die wissenschaftliche Sicht ab. Andreas Südbeck-Bujara sieht als Leiter des Wohnhauses Zietenterassen der Göttinger Werkstätten in dem Flüchtlingswohnheim eine Chance für die Zietenterassen, sich als offener, engagierter und lebendiger Stadtteil, mit beispielsweise einen inklusiven Kulturfest zu präsentieren (Göttinger Tageblatt vom 06.02.2015, S. 13).

Auch wenn dieser obskure Professor mittlerweile auf erheblichen Widerstand

gestoßen ist, artikuliert er damit das unterste Niveau einer Stammtischkultur einzelner. Dabei sind Flüchtlingsströme in Göttingen wirklich nichts Neues. Als einer der wenigen im 2. Weltkrieg weitgehend unzerstörten größeren deutschen Städte wuchs die Göttinger Bevölkerung von 50.000 Einwohner 1939 auf 80.000 Einwohner im Jahr 1949, aufgrund des Zuzuges von deutschen Flüchtlingen aus den Vertreibungsgebieten oder zerstörten westdeutschen Städten. Im Lager Friedland trafen zwischen 1945 und 1947 rund 900.000 Flüchtlinge ein.

In den siebziger und achtziger Jahren kamen vor allem Menschen aus Westasien, in den neunziger Jahren Flüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien. Die massive Einschränkung des Asylrechts im Jahre 1993 führte in Deutschland zu einer erheblichen Reduzierung der jährlichen Zahl der Asylsuchenden von 438.000 in 1992 auf 127.000 im Jahr 1994 Menschen. Für Göttingen bedeutete dies Anfang der neunziger Jahre einen jährlichen Zustrom von 2.000 Flüchtlingen.

Absolutes Negativbeispiel für die damalige Unterbringung war das privat betriebene Flüchtlingslager in dem später neu gebauten Hotel Astoria zwischen 1982 und 1991. In dem heruntergekommenen, völlig verdreckten Gebäude lebten Flüchtlinge, teilweise Familien mit Kindern, auf engstem Raum unter katastrophalen hygienischen Bedingungen. Wesentliche Einrichtungs- und Gebrauchsgegenstände wie Waschmaschinen oder Kinderbetten fehlten völlig. Im lagereigenen Laden fanden sich nur übertriebene und schlechte Lebensmittel und andere Produkte, die die Flüchtlinge mit Warengutscheinen abnehmen mussten. Durch das strikte Arbeitsverbot für die Flüchtlinge herrschte das Gefühl der Sinnlosigkeit und Langeweile. Einen ersten Hungerstreik von Flüchtlingen hatte es 1986 gegeben. Nach Protesten wurde

### im Internet

[www.goettinger-blaetter.de](http://www.goettinger-blaetter.de)

### Kontakt

POST: Göttinger Blätter  
Lange Geismarstraße 2  
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen  
Telefon: 0551/67065

### Inhalt

Willkommenskultur in Gö.	1
VVN	2
FG Cuba	3
DKP	4
Grobian	5
DIE LINKE. Termine	6
GöLinke Ratsinfo	7
GöLinke	8
DIE LINKE.	9
Die LINKE. Europabüro	10
DIE LINKE. Kreisverband	11
10 Jahre Hartz-IV	12

### Redaktionsschluss

für die Ausgabe 04.2015  
ist der 20. März.  
Auslieferung am 26. März.

das Lager 1991 schließlich geschlossen. Das Hotel Astoria war zwar ein besonders abschreckendes Beispiel, andere Flüchtlinge waren jedoch in Turnhallen kaum besser untergebracht.

Ohne dass sich die insgesamt restriktive Ausländer- und Asylpolitik geändert hätte, verbesserte sich in den neunziger Jahren in Göttingen das Klima für Flüchtlinge – anders als in zum Beispiel in Rostock, Solingen, Mölln und Lübeck, wo es Anschläge auf Flüchtlinge und andere Ausländer gab. Einen wesentlichen Anteil hatten Initiativen wie der „Göttinger Arbeitskreis für die Unterstützung von Asylsuchenden“ oder auch der damalige Göttinger evangelische Ausländerpfarrer Knut Wellmann, die sich kompromisslos für die Flüchtlinge eingesetzt hatten. Bei dann deutlich abnehmenden Flüchtlingszahlen wurde beispielsweise ein Flüchtlingswohnheim in der Merkelstraße errichtet, in dem 150 Flüchtlinge unter menschenwürdigen Bedingungen leben konnten.

(...) weiter auf Seite 12



## Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: [www.goettingen.vvn-bda.de](http://www.goettingen.vvn-bda.de) • Email: [vvn-goettingen@secarts.org](mailto:vvn-goettingen@secarts.org)

### ► Zum 70. Jahrestag der Befreiung

Liebe Freundinnen und Freunde,

wir begehen in diesem Jahr den 70. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz durch die Rote Armee am 27. Januar 1945.

Das war der Anfang der Befreiung vom Hitler-Faschismus, aber nicht die Befreiung der Menschen, der Gefangenen im Ganzen. Nur die Schwachen und Kranken wurden in Auschwitz befreit; alle diejenigen, die noch laufen konnten, mussten auf die Todesmärsche und mussten unter schrecklichen Qualen marschieren.

Das Ziel waren andere Konzentrationslager zur Zwangsarbeit für die dort aufgebauten deutschen Firmen wie Siemens, Krupp und viele andere – ausgenutzt, wie es die Devise der Nazis war: Vernichtung durch Arbeit. So musste ich in Ravensbrück, dem größten Frauenstraflager auf

deutschem Boden, Zwangsarbeit für die Firma Siemens leisten, die innerhalb des Lagers viele Hallen errichtete.

Die wirkliche Befreiung aller Gefangenen, aber auch aller Menschen in Deutschland, fand am 8. Mai 1945 statt, an dem die Rote Armee und die Alliierten die Nazis zur Kapitulation zwangen. Was für eine Freude war für mich dieser Tag, als ich mit russischen und amerikanischen Soldaten und mit meinen Freundinnen aus dem KZ gemeinsam unsere Befreiung feierte.

Dieser Tag, der 8. Mai 1945, wird in allen damals von Deutschland besetzten Ländern jedes Jahr groß gefeiert. Nur hier nicht. Ich frage mich, warum? Wir ehemaligen Verfolgten des Naziregimes fordern von unserer Regierung, endlich diesen 8. Mai zum gesetzlichen Feiertag



zu deklarieren. Wann wird das endlich wahr? Kämpfen wir weiter dafür!!

Herzlichst,  
Eure Esther Bejarano

### ► Kassel wehrt sich erfolgreich gegen Kagida

von Ulrich Schneider, VVN-BdA Kassel

Während in Dresden montags mehrere Tausend Menschen mit rassistischen Parolen demonstrieren, versuchten hessische Trittbrettfahrer in Kassel ebenfalls, an ihre populistischen Parolen anzuknüpfen. Mobilisiert über Facebook rief man zu einer Demonstration der „Kasseler gegen die Islamisierung des Abendlandes“ am 1. Dezember auf. Flyer und Aufkleber waren in den Hochburgen der hessischen NPD selbst in Osthessen zu sehen. Dennoch versammelten sich nur knapp 80 Personen, unter ihnen Vertreter der hessischen NPD, der AfD und weitere bekannte Rechte. Gegen den geplanten Aufmarsch demonstrierten nach einem Aufruf des „Bündnisses gegen Rechts“ gut 500 Kasseler Antifaschisten. Organisierende Kraft waren der DGB und verschiedene antifaschistische Gruppen.

Auf der Kundgebung sprachen u.a. der DGB-Regionsvorsitzende und eine Vertreterin der evangelischen Kirche. „Aus Sicherheitsgründen“ sagte Kagida an diesem Tag die geplante Demonstration ab, obwohl die Polizei mit mehreren hundert Beamten im Einsatz war.

Eine Woche später das gleiche Bild, nur setzte die Polizei diesmal einen Rundgang um einen Häuserblock – die so genannte Demonstration – mit ihren Einsatzkräften durch. An diesem Tag sprach auf der Auftakt-Kundgebung der Kreisvorsitzende der AfD, der die Woche zuvor noch als „Privatperson“ anwesend war. Um diesem Spuk in Nordhessen ein politisches Signal entgegenzusetzen, hatte das „Bündnis gegen Rechts“ für Montag, den 22. Dezember 2014 zu ei-

ner Großkundgebung gegen Rassismus, Islamfeindlichkeit und religiöse Intoleranz aufgerufen. Die Kreisvereinigung der VVN-BdA unterstützt die Aktion mit allen Kräften. Auch die Kasseler Stadtverordnetenversammlung betonte in einer einstimmig angenommenen Resolution: „Kassel ist eine weltoffene Stadt!“ Weit über 2.000 Menschen kamen trotz Vorweihnachtszeit und Nieselregens zu der Aktion. Die Rechten, die diesmal durch Thüringer Neonazis verstärkt wurden, brachen ihren Aufzug trotz hoher Polizeipräsenz ab, als Antifaschistinnen und Antifaschisten ihnen den Weg verstellten.

#### Aktueller Nachtrag:

Die rechtsextreme Kagida-Bewegung führt weiterhin montags ihre rassistischen Hetzkundgebungen durch. Wer die antifaschistischen Proteste gegen Kagida unterstützen möchte, findet aktuelle Infos auf der Internetseite des Kasseler Bündnis gegen Rechts: [www.bgr-kassel.de](http://www.bgr-kassel.de)

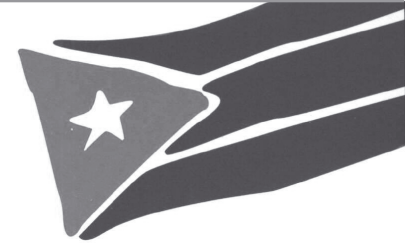
## Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen  
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de

### Mitgliederversammlung

Am Dienstag, den 10. März 2015

Das Treffen findet um 20:00 im Berliner Hof statt



**VNB** unser Kooperations-  
u. Bildungspartner:  
Verein Niedersächsischer  
**BILDUNGSINITIATIVEN** e.V.

## ► Neue Initiativen für Kuba-Politik der USA

**Regierungseigenes „Office of Cuba Broadcasting“ bereitet Medienoffensive vor. Verstärkte Zusammenarbeit mit Gegnern der sozialistischen Regierung**

Washington. Seit der Ankündigung von US-Präsident Barack Obama vom 17. Dezember 2014, die Beziehungen zu Kuba zu intensivieren, handeln die zuständigen staatlichen Institutionen und positionieren sich die an dem Thema interessierten Akteure. So hat das Office of Foreign Assets Control (OFAC) des Finanzministeriums neue Regelungen für Reisen, für erlaubten Handel und Informationen nach Kuba festgelegt, „um das kubanische Volk stärker einzubeziehen und zu ermächtigen.“

US-Außenminister Kerry bekräftigte kürzlich bei einem Treffen mit kanadischen und mexikanischen Amtskollegen das große Interesse, mit Kuba diplomatische Beziehungen aufzubauen. „Wir glauben, dass dies die beste Möglichkeit für die Menschen in Kuba darstellt, ihr Leben zu verbessern und an der Wahl ihrer Lebensgestaltung teilzuhaben.“ Der kanadische Außenminister John Baird stimmte zu: „Je mehr US-amerikanische Werte und US-amerikanisches Kapital nach Kuba hinein erlaubt sind, desto freier wird das kubanische Volk sein.“

Im US-Kongress wiederum gibt es Initiativen, die Sonderregelung für Flüchtlinge aus Kuba abzuschaffen, nach der Kubaner besondere Vorteile gegenüber allen anderen Flüchtlingen genießen, zum Beispiel umgehende Aufenthaltsgenehmigung und nach fünf Jahren Staatsbürgerschaft, sobald sie US-Territorium erreicht haben.

Sehr deutlich zeichnet sich ab, dass die Zusammenarbeit staatlicher US-Institutionen und exilkubanischer Gruppen

intensiviert wird. So wurden von dem als Hardliner geltenden Senator Mark Rubio bekannte Regierungsgegner aus Kuba als Zeugen zu einer Anhörung im Senat in Washington eingeladen. Dabei waren die Vorsitzende der aus den USA finanzierten „Damen in Weiß“, Berta Soler, „unabhängige Journalisten“ sowie die Tochter des bei einem Autounfall verstorbenen Oswaldo Payá, der als „gefallener Dissident“ vorgestellt wurde. Anwesend war auch die Verhandlungsführerin bei den ersten Gesprächen mit Kuba, Roberta Jacobson, vom US-Außenministerium. Letztere sagte in der Senatsanhörung, der frühere Ansatz der US-Politik gegenüber Kuba habe es verfehlt, „die kubanische Bevölkerung zu stärken, und sie isolierte uns von den demokratischen Partnern auf dem Kontinent und in der Welt. Unsere neuen Initiativen betonen den Wert persönlicher Kontakte und sehr spezifischer Formen von wachsendem Handel.“

Dass die kürzlich begonnene „neue Kubapolitik“ der USA weiterhin das Ziel des „Regime change“ mit einem breiten Repertoire an Maßnahmen verfolgt, wird durch die Dokumente über Öffentlichkeitsarbeit der US-Regierung deutlich, die vor wenigen Tagen durch den US-Journalisten Tracey Eaton publik wurden. Demnach hat das regierungseigene Office of Cuba Broadcasting (OCB) seit der Obama-Rede im Dezember über 100 Verträge im Gesamtvolumen von etwa einer Million US-Dollar abgeschlossen. Dazu gehören TV-Produktionen und Computerprogramme sowie Zahlungen

an Dutzende Autoren, Künstler und Darsteller für Aktivitäten gegen Kuba. Außerdem habe das OCB im Jahr 2013 begonnen, sein Netz „unabhängiger Journalisten“ auf der Karibikinsel auszuweiten. Künftig sei es nötig, Ressourcen von Miami nach Kuba zu verlagern, um die „journalistische Zuarbeit“ von dort zu intensivieren. Als Teil dieser Strategie wird die Verbreitung von Interviews mit „Führern der Dissidentenbewegung“ empfohlen, die zu „Vertretern der kubanischen Zivilgesellschaft“ aufgebaut werden sollen.

Unterdessen fand in Miami eine „Konferenz für Demokratie in Kuba“ mit 150 Regierungsgegnern und Exilkubanern statt. Die Durchführung einer ähnlichen Konferenz in Kuba wurde diskutiert. Ein Vorschlag für das weitere Vorgehen war die Einrichtung eines formalen „Runden Tisches“ um Gegner der sozialistischen Regierung aus Kuba selbst und von außerhalb zusammen zu bringen. Angekündigt wurde die Vorlage eines Plans zur Veränderung der politischen Landschaft in Kuba beim OAS-Gipfel in Panama im April. Roberta Jacobson hatte bereits angekündigt, dass dort ein breites Spektrum an zivilgesellschaftlichen Organisationen, darunter „kubanische Dissidenten“, teilnehmen sollte.

### Bundesdelegierten- konferenz 2015

Am 30./31. Mai 2015 findet in Velbert die diesjährige Bundesdelegiertenkonferenz der Freundschaftsgesellschaft BDR-KUBA statt.

Die Wahl der Delegierten der Göttinger Ortsgruppe findet am 10.03.2015 im Rahmen der Mitgliederversammlung statt.



# Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, [www.dkp-goettingen.de](http://www.dkp-goettingen.de), [goettingen@dkp-niedersachsen.de](mailto:goettingen@dkp-niedersachsen.de)

## ► Gedanken zum 8. März, dem internationalen Frauentag



Ich stelle mir vor, jeder Mensch, der einen Arbeitsplatz sucht, bekommt auch einen. Ich stelle mir vor, nach der Arbeit sind die Menschen nicht ausgelaugt und gestresst, sondern beide, Frau und Mann, haben ausreichend Zeit für sich, die Kinder und den Haushalt. Sie haben genug Zeit und finanzielle Mittel für kulturelle, politische oder sportliche Aktivitäten. Arbeitshetze und Burnout, Angst um den Job und vor sozialem Abstieg, Depressionen aufgrund von Erwerbslosigkeit oder Stress auf der Arbeit – all dies gibt es nicht mehr. Ich stelle mir vor, es gibt keine unterbezahlten und Minijobs mehr, keine Vollzeitjobs, von denen man nicht leben kann, und kein Hartz IV.

Ein Traum? – Noch. – Sozialismus? – Noch nicht. Aber es wäre ein Schritt hin zu einem gerechten, solidarischen und selbstbestimmten Leben.

### Runter mit der Arbeitszeit!

Wie das gehen soll? Mit einer verkürzten Regelarbeitszeit auf 30 Wochenstunden

bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Eine gerechte Verteilung der Arbeit auf Arbeitslose und Erwerbstätige trägt den Interessen aller Rechnung. Nur so kann die massive Unterbeschäftigung, von der besonders Frauen betroffen sind, beendet werden. Arbeitslose Frauen können wieder in den Beruf und Frauen, die in Minijobs oder in prekärer Teilzeit arbeiten, haben endlich die Chance auf eine Vollzeittätigkeit. Altersarmut als Folge von weiblicher Unterbeschäftigung wird reduziert. In typischen Frauenberufen wie Pflege, Erziehung und Handel tritt eine deutliche Stressverminderung ein. Dadurch, dass auch Männer kürzer arbeiten, kann die geschlechts-spezifische Arbeitsteilung abgebaut werden. Das ist die Voraussetzung für ein harmonisches und solidarisches, für ein gleichberechtigtes Zusammenleben. Arbeitszeitverkürzung schafft Bedingungen für das Ende der Massenarbeitslosigkeit, die Humanisierung der Arbeit, die freie Persönlichkeitsentwicklung und gleichberechtigte

### Mitgliederversammlungen:

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden im Roten Zentrum, Lange Geismarstraße 2, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

#### Dienstag, 03. März, 20.00 Uhr

Zu den Tarifrunden im Öff. Dienst u.d. Metallindustrie

#### Dienstag, 17. März, 20.00 Uhr

Wie weiter gegen TTIP, Ceta und TISA?

#### Dienstag, 17. März, 20.00 Uhr

Fortsetzung der Parteitagdiskussion  
Referent: Björn Schmitt

### Vorankündigung:

**Mitgliederversammlung am 12.05.15**  
mit Neuwahl des SprecherInnenkreis und Delegiertenwahl (Einladung folgt in der Aprilausgabe)

## Seminar

### der DKP Niedersachsen zum Hauptantrag an den 21. Parteitag der DKP

Die DKP Niedersachsen führt am **11. und 12. April 2015** in Faßberg bei Celle ein Seminar zum Hauptantrag an den 21. Parteitag der DKP durch. Ziel ist eine inhaltliche Diskussion ausgehend von der Beurteilung der politischen Lage und der konkreten Situation und Arbeit der Partei.

Die Kosten betragen für Mahlzeiten, Übernachtung und Material 25 EUR. Teilnehmen können auch Nicht-Mitglieder. Anmeldungen bitte an die DKP Niedersachsen unter E-Mail [bv@dkp-niedersachsen.de](mailto:bv@dkp-niedersachsen.de) oder per Post in die Göttinger Straße 58, 30449 Hannover.

Partnerschaften. Die Geschichte des Kapitalismus ist auch eine Geschichte des Kampfes um die Verkürzung der Arbeitszeit.

Heute ist dieser Kampf notwendiger denn je. Jetzt kommt es auf uns an!

# GROBIAN

## Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer  
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

## ► Die nächste Million wird im GVZ III versenkt!

(Diese Überschrift ist eine Untertreibung)

In den Göttinger Blättern wurde schon öfter über das GVZ III geschrieben, aber die unsägliche Geschichte geht weiter.

Ungern erinnern wir uns: Nachdem ein großes Logistikunternehmen Interesse am Standort Siekanger geäußert hatte, aber in Folge der Finanzkrise 2007 ff abgesprungen war, kam der SPD-Grüne Mehrheit im Stadtrat die Idee, das Gelände selbst zu erschließen und zu vermarkten. Dem Vorhaben standen schon damals entsprechende, bereits erschlossene, Baugebiete in Bovenden, an der Kasseler Landstr., dem ehemaligen Glunz-Gelände und ausgewiesene Standorte entlang der Autobahn bis hinunter nach Kassel entgegen.

Aber das focht die Stadtverwaltung nicht an und sie hatte Grund zum Optimismus: Den Etat der (Groß-)Stadt Göttingen. Und so wurde das Gelände gekauft und erschlossen (Kanalisation, Strom etc.), inklusive einer Erdverkabelung der Hochspannungstrasse, die übers Gelände verlief. Der qm-Preis für künftige Investoren sollte 35 Euro betragen, wobei bei diesem Preis schon 3,2 Millionen Subventionen durch die Göttinger Bürger (= Etat Stadt Göttingen) eingeplant waren. Der Göttinger Öffentlichkeit wurde dieser finanzielle Aderlass mit dem Versprechen von 600 bis 1000 neuen Arbeitsplätzen verkauft.\*

Soweit die Geschichte, und es versteht sich, dass die Göttinger Linke sowohl in Grone als auch in der Stadt gegen diese Pläne gestimmt hat.

Mittlerweile hat Sartorius-Zufall ca. ¼ des Geländes bebaut und 13 (!) neue Arbeitsplätze geschaffen (siehe Göttinger Tageblatt vom 20.07.2014). Auf der Sitzung des Ortsrats Grone am 29. Januar dieses Jahres behauptete der Vertreter der Stadtverwaltung, Herr Friele, auf Nachfrage des GöLinke-Ortsratsherrn Hendrik Falkenberg, dass tatsächlich 35 Euro pro qm geflossen seien. Erstaunlich!

Aber nicht deswegen war Herr Friele auf der Ortsratssitzung – es ging um einen finanziellen Nachschlag aus dem Haushalt der Stadt Göttingen für das GVZ III-Gelände – und damit kommen wir zum eigentlichen Thema dieses Artikels.

Der Verkauf des weiteren Geländes am Siekanger verläuft äußerst schleppend und deshalb investiert die Stadtverwaltung jetzt weitere 1,85 Millionen € die sogenannte Süd-Ost-Terasse, um sie „fit für die Vermarktung“ auch an „kleinere Investoren“ zu machen. Das Gelände soll fertig erschlossen werden, inklusive Planierung der Höhenunterschiede.

Die Stadt Göttingen hat dazu beim Land Niedersachsen einen Förderantrag gestellt, der zunächst abgelehnt wurde. Zwischen Weihnachten und Neujahr gab's dann doch ein OK über 600.000 Euro mit der Auflage, das das Geld bis zum 30. Mai ausgegeben sein müsse. Dementsprechend mussten jetzt recht schnell die Beschlüsse im Bauausschuss und Rat der Stadt und eben auch im Ortsrat Grone erfolgen: Nämlich die Aufstockung dieser Fördermittel um 1,2 Millionen aus dem Stadtsäckel. Aber woher nehmen? Das Kreditvolumen der Stadt ist durch den Zukunftsverhinderungsvertrag gedeckelt. Nun sollen die Mittel aus dem Topf für Straßenbau und -erhaltung von 2017 kommen.

Auf Nachfrage von Hendrik Falkenberg, bestätigter Herr Friele, dass versucht werden soll, die Kosten über einen höheren qm-Preis zu refinanzieren, aber er sähe dafür nur wenige Chancen. So werden also die Göttinger Bürger ein weiteres Mal das GVZ III subventionieren. Es wird nicht das letzte Mal sein – da liegt noch mehr Fläche brach und der Gleisanschluss ist auch noch im Plan.

Hendrik Falkenberg hat verständlicherweise dem Antrag der Stadt seine Zustimmung verweigert.

(TO)

\* Die Darstellung der finanziellen Belastung für die Steuerzahler war in den vorhergehenden Artikeln in den GöBlättern detaillierter, u.a. durch Aufzeigen von EU-Förderung und vorausschauenden Ausbau der Kreuzung Kasseler-Landstr./Siekhöhe – aber das würde hier zu weit führen.

### Verabschiedung von Civar Akad

Auf der Ortsratssitzung in Grone wurde am 29.01.2015 das Ortsratsmitglied der Göttinger Linken Civar Akad verabschiedet. Civar war bei der Kommunalwahl 2011 mit außerordentlich vielen persönlichen Stimmen in den Ortsrat Grone und den Stadtrat Göttingen gewählt worden. Zum neuen Jahr hat er sein Ortsratsmandat wegen persönlicher Überlastung zurück gegeben. Die Ortsbürgermeisterin Birgit Sterr dankte ihm für seinen Einsatz mit einem Blumenstrauß und einem Kunstdruck des Groner Wappens.

Civars Mandat im Ortsrat nimmt nun Hendrik Falkenberg wahr, der auf derselben Sitzung vereidigt wurde.

### Winterkino Grone im März

Das Winterkino Grone zeigt am 20. März den französischen Film „**Madame Mallory und der Duft von Curry**“.

Eine indische Familien will gegenüber einem piekfeinem französischen Restaurant ein eigenes eröffnen. Die Besitzerin des mit einem Michelin-Stern ausgezeichneten Restaurants ist alles andere als erfreut. Da entschließt sich der begnadete Sohn der indischen Familie bei Madame Mallory in Lehre zu gehen...

Einlass ist um 18:30 (Filmbeginn 19:00) in der Jona Gemeinde, Deisterstr. in Grone-Süd, Eingang neben der „Schreibwarenecke“. Eintritt 1 Euro.

Mit diesem Film endet die erste Saison des Winterkino Grone. Im Oktober 2015 geht's weiter...

# DIE LINKE.

[www.die-linke-goettingen.de](http://www.die-linke-goettingen.de)

## Kreismitgliederversammlung

Im März findet keine Kreismitgliederversammlung statt.

## Termine der Ortsverbände / Basisorganisationen

### OV Göttingen Diskussionsabend:

**Montag, 02. März 2015, 19.00 Uhr** im Roten Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen

Schwerpunktt Themen: Kampagnen 10 Euro Mindestlohn steuerfrei + 500 Euro Hartz IV (Referent: Edgar Schu) und 30-Stunden-Woche (Referent: Jörg Miehe)

### OV Hann. Münden Mitgliederversammlung

**Freitag, 20. März, 19 Uhr** im Gaststätte zum Onkel Paul, Siebenturmstr. 9, Hann. Münden

### OV Dransfeld Mitgliederversammlung

Mögliche Termine bei Uli Maschke (Adressenspalte) erfragen.

### OV Rosdorf Mitgliederversammlung:

Nächste Versammlung findet voraussichtlich im April statt.

## Treffen der Linksjugend solid

**Jeder Mittwoch ab 18 Uhr** im Roten Zentrum

## AG Antifa

**Mo., 16. März, 19 Uhr** im Roten Zentrum  
Vorbereitung 8. Mai-Bündnis



## Kreisverband Göttingen

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen  
Tel.: (0551) 49 56 66 80  
[kreisverband@dielinke-goettingen.de](mailto:kreisverband@dielinke-goettingen.de)

## Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Nach Vereinbarung im Rotes Zentrum,  
Anfragen an: [kreisverband@die-linke-goettingen.de](mailto:kreisverband@die-linke-goettingen.de).

## Linksjugend [;solid]:

[solidgoettingen@gmail.com](mailto:solidgoettingen@gmail.com)

## Ortsverbände:

### OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:  
[ortsverband@dielinke-goettingen.de](mailto:ortsverband@dielinke-goettingen.de)

### OV Hann. Münden

Olaf Klein, Hallenbadstr. 1,  
34346 Hann. Münden, Tel. 05541-5571,  
E-Mail: [hann.muenden@dielinke-goettingen.de](mailto:hann.muenden@dielinke-goettingen.de)

### OV Rosdorf

Azad Onal, Tel.: 0172/5661546  
[rosdorf@die-linke-goettingen.de](mailto:rosdorf@die-linke-goettingen.de)

### OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,  
[bovenden@die-linke-goettingen.de](mailto:bovenden@die-linke-goettingen.de)

### OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,  
37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,  
E-Mail: [dransfeld@dielinke-goettingen.de](mailto:dransfeld@dielinke-goettingen.de)

## Zusammenschlüsse:

### Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 1523 2077973  
Festnetz: 0551-40137061  
[eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

### AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,  
Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,  
E-Mail: [ag-gb@die-linke-goettingen.de](mailto:ag-gb@die-linke-goettingen.de)

### Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer  
E-Mail: [SL-Goettingen@web.de](mailto:SL-Goettingen@web.de)

### AG Antifa

Michael Kaufmann  
[ag.anti.fa.linke.goe@web.de](mailto:ag.anti.fa.linke.goe@web.de)

## Rosa-Luxemburg-Club Göttingen

Dr. Eckhard Fascher, Genfstraße 18,  
37079 Göttingen, Tel. 1523 2077973  
oder 0551-40137061  
E-Mail: [eckhardfascher@web.de](mailto:eckhardfascher@web.de)

## Spendenkonto

des KV Göttingen: Kto-Nr. 3401510800  
Volksbank Göttingen BLZ: 26090050



# 🎯 Ich habe die Geheimnisse des Transatlantischen Freihandelsabkommens gesehen, es ist für Korporationen und nicht für die Bürger gemacht.

**Als MEP bin ich mit den inneren Abläufen des TTIP vertraut. Ich bin zur Geheimhaltung verpflichtet, aber so viel kann ich sagen: Das TTIP ist undemokratisch! Von Molly Scott Cato[\*] – aus dem Englischen von Sabine Tober.**

Entnommen aus den „Nachdenkseiten“- [www.nachdenkseiten.de](http://www.nachdenkseiten.de).

Der Artikel ist in der englischsprachigen Originalversion am 4. Februar 2015 im Guardian erschienen.

Obwohl ich die 50 schon überschritten habe, scheine ich die Chance, ein Spion zu werden, noch nicht verpasst zu haben. Und zwar deshalb, weil man mir jetzt in meiner Eigenschaft als MEP bevorzugten Zugang zu dem für die Öffentlichkeit nicht zugänglichen Lesesaal des Europäischen Parlaments gewährt hat, sodass ich in Dokumente einsehen kann, die sich auf das Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) beziehen. Bevor ich allerdings diese "höchst geheimen" Dokumente sehen durfte, die den Blicken der meisten EU- Bürger verborgen bleiben müssen, hatte ich ein etwa 14 Seiten langes Schriftstück zu unterschreiben, das mich daran erinnerte, dass "EU-Einrichtungen ein lohnendes Ziel sind" und dass Spionage gefährlich ist. Im Grunde genommen musste ich mich verpflichten, nichts von dem, das ich erfahren würde, mit meinen Wählern zu teilen.

Die reizenden Parlamentsangestellten verlangten, dass ich auch den kleinsten meiner persönlichen Gegenstände in einem Schließfach ließ, während sie mir erklärten, wie winzig Kameras dieser Tage sein können. Wie in einem James Bond Film führten sie mich dann durch eine Sicherheitstür in einen Raum mit verschlossenen Schränken, aus denen die Dokumente dann geholt wurden. Allein gelassen wurde ich zu keiner Zeit.

Diese Woche sind Hunderte von TTIP-Protestern vor das Europäische Parlament gezogen. Mit gutem Grund machen sie sich Sorgen über die Bedrohung, die dieser Vertrag für die Chancen der britischen Regierung darstellt, seinen Aufgaben in ihrem Interesse nachzukommen. Bei einer Vielzahl von Themen von Sicherheitsstandards für Lebensmittel und Tierschutz bis zu öffentlichen Versorgungsanlagen und der Regulierung der Finanzmärkte gibt es die tiefe Besorgnis, dass eine Harmonisierung der Normen über den Atlantik hinweg tatsächlich eine Senkung der Standards auf beiden Seiten bedeuten könnte.

Doch wie können wir das mit Sicherheit wissen? Alle Diskussionen über das TTIP sind hypothetisch, da die Verhandlungen im Geheimen stattfinden. Selbst wenn ich nur kurze Berichte über die Diskussionen lesen will, muss ich an meine Verpflichtung, keine Spionage für fremde Kräfte zu betreiben,

erinnert werden. Wiederholte Beschwerden über die Geheimhaltung seitens meiner Kollegen bei den Grünen haben dazu geführt, dass wir endlich Zugang zu dem besonderen Lesesaal haben, doch noch immer dürfen wir das, was wir herausfinden, nicht mit unseren Wählern oder mit Journalisten teilen. Was wir wissen, ist, dass 92 Prozent der an den Beratungen Beteiligten Unternehmenslobbyisten sind. Von den 560 Treffen der Kommission mit Lobbyisten waren 520 solche mit Unternehmenslobbyisten und lediglich 26 (4,6%) mit öffentlichen Interessenvertretern. Das bedeutet, dass auf jedes Treffen mit einer Gewerkschafts- oder Verbrauchergruppe 20 mit Unternehmen und Industrieverbänden kamen.

Was ich von meinem Besuch im Lesesaal verraten kann, ist, dass ich ihn ohne jegliche Gewissheit verließ, dass der Verhandlungsprozess für dieses Abkommens demokratisch ist, oder dass die Verhandlungspartner im Interesse der Bürger handeln. Das gesamte Verfahren vom indirekten Verdacht der Wirtschaftsspionage bis zu der Erkenntnis, wer tatsächlich an diesen Verhandlungen teilnimmt, macht deutlich, dass es sich um eine Diskussion unter Unternehmern und nicht um eine demokratische Diskussion handelt. Ich stelle mir einen Raum voller Bürokraten vor, die nach Möglichkeiten suchen, die Geschäfte der mächtigsten Unternehmen der Welt zu erleichtern, deren Umsatz nicht selten die Geschäftstätigkeit einiger EU-Mitgliedsstaaten übertrifft.

Warum bloß würde irgend jemand sich eine Welt mit einem riesigen Handelsraum von Alaska bis zum Schwarzen Meer wünschen? Ich glaube, diese Vision kommt aus dem Gefühl heraus, ordnen und kontrollieren zu müssen, aus dem Gefühl heraus, Uniformität sei gleichbedeutend mit Sicherheit. Allerdings ist auch klar, dass die Entscheidungen darüber, welche Gestalt dieses einheitliche Regulierungs- und Handelssystem annehmen soll, von Unternehmen bestimmt werden, denen das Profitstreben schließlich im Blut liegt, und die gesetzlich dazu verpflichtet sind, ihren Aktionären zu dienen, auf Kosten aller anderen.

Als Grüne bin ich grundsätzlich kulturell immer gegen so eine Vision und also gegen dieses Abkommen. Wenn ich aber

mit Wohlwollen auf die Betreibungen, eine solche Standardisierung zu schaffen, blicke, versuche ich mir einzureden, die Regeln seien eben die, die ich gerne sehen würde: Hohe Standards beim Tierschutz, Verbote für gefährliche Pestizide, eine Finanzaufsicht mit dem Ziel von Stabilität, um nur ein paar zu nennen.

Die TTIP-Verhandlungen nehmen viel Zeit in Anspruch zu einer Zeit, in der das europäische Projekt gerade an mehreren Fronten bedroht zu sein scheint: Da gibt es die Schuldenkrise, den Klimawandel und den Krieg in der Ukraine, um nur drei zu nennen. Ich möchte den Sinn dieser Nutzung von Ressourcen zum jetzigen Zeitpunkt anzweifeln, noch dazu für ein Abkommen, das wohl dazu verurteilt ist, niemals die notwendige politische Unterstützung zu bekommen. Zumal es auch beträchtliche Geldsummen verschlingt. Die Frage der mit dem TTIP-Abkommen verbundenen Kosten ist ein Thema, das ich bei der Kommission vorgebracht habe, und darüber darf ich sprechen. Seit Juli 2013 gab es sieben Verhandlungsrunden, alternativ in Brüssel und Washington. Die bisherigen Kosten reichen von €0.000 für eine Runde in Brüssel bis zu €80.000 für eine Runde in Washington.

Mein Besuch in der Parlamentsbibliothek erinnerte auf bemerkenswerte Weise an die Limitationen der demokratischen Verantwortlichkeit in der globalisierten, von Unternehmen bestimmten Welt von 2015, in der der Bürger beiseite geschoben wird. Sogar als Vertreter von 5 Millionen ist meine Rolle hauptsächlich die einer Beobachterin, die einer Betroffenen.

Es wird viel von staatlicher Bevormundung gesprochen, aber die Welt nach TTIP ist mehr wie eine Big-Brother-Korporation, in der individuelle Neigungen im Vorwärtsmarsch von Fortschritt und Ordnung beiseite gefegt werden. Das ist die beunruhigende und verunsichernde Weltsicht, die David Korten in seinem 1995 erschienenen Buch Wenn Korporationen die Welt regieren ersann. Damals erschien der Titel phrasenhaft, seltsam sogar. Heute ist das viel weniger der Fall.

[\*] Molly Scott Cato ist Europaabgeordnete der britischen Grünen (Green Party of England and Wales)

Wähler/innengemeinschaft

# Göttinger Linke

## ▶ Nun sollen weitere Millionen in das GVZ III gepumpt werden, obwohl bis heute keine Neuansiedlung eines Logistikanbieters gelungen ist bzw. in Aussicht steht.

Nicht nur, dass in unmittelbarer Nähe des Leinebergs eine Freizeitfläche und gutes Ackerland verloren ging und versiegelt wurde. Nicht nur, dass schon bisher Millionen an Steuergeldern verbuddelt wurden und lediglich eine Standortverlagerung eines Betriebes innerhalb von Göttingen in das GVZ III stattgefunden hat. Nein, die angrenzende Fläche wird von der Gemeinde Rosdorf beplant. In Kassel werden große, voll erschlossene Flächen mit Bahn- und Autobahnbindung wie „sauer Bier“ angeboten. Der Landkreis hat sich immer noch nicht offiziell von den Plänen eines Logistikzentrums im Bereich Bovenden/Klein Lengden/Holtensen verabschiedet. Und nun sollen weitere 2 Millionen Euro über die GWG – eine

hundertprozentig städtische Gesellschaft – verpulvert werden. Und kein Aufschrei der Grünen wegen weiterem unnötigen Flächenverbrauch und zusätzlicher Versiegelung. Und keine Einsicht bei der SPD, dass man sich in einer unseligen Konkurrenz zwischen den Kommunen gegenseitig ausspielt und potentiellen Investoren „die Schnäppchen auf dem Goldenen Tablett serviert werden“.

Verblüffend bei der Göttinger Gemengelage ist, dass Linke im Verbund mit der CDU ihre Kritik und Ablehnung formulieren. Der CDU wird dann doch das alte Vorurteil der Wirtschaftsfeindlichkeit, der wir Linken immer wieder begegnen, nun nicht ernsthaft jemand unterstellen.

gn

## ▶ Mitteilungen des SprecherInnenkreises:

### Einladung zur Mitgliederversammlung

**Montag, 13. April 15, 19.00 Uhr, Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2**

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Eröffnung, Begrüßung, Konstituierung
2. Rechenschaftsbericht d. SprecherInnenkreises
3. Rechenschaftsbericht der Ratsfraktion
4. Finanzbericht
5. Diskussion zu den Berichten
6. Entlastung des SprecherInnenkreises und des Kassierers
7. Antragsberatung, Beschlussfassung
8. Wahl des SprecherInnenkreises und der/des Kassiererin/s
9. Wahl der RechnungsprüferInnen
10. verschiedenes / Termine
11. Schlusswort

Antragsschluss: 27.3.2015

Anträge bitte per Post an o.g. Adresse oder per mail an: [goelinke@web.de](mailto:goelinke@web.de)

Der SprecherInnenkreis bittet die in der Göttinger Linke vertretenen Organisationen (Partei Die Linke., DKP und GRAL) eine interne Meinungsbildung zur Frage des Antritts der Göttinger Linke zu den Kommunalwahlen 2016 zu organisieren.

Der SprecherInnenkreis begrüßt Hendrik Falkenberg als Nachrücker für Civar Akad im Ortsrat Grone und wünscht ihm viel Erfolg.

## Kontakte:

**Wählerinnengemeinschaft  
GöLinke**

Rotes Zentrum,  
Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
[www.goettinger-linke.de](http://www.goettinger-linke.de)  
E-Mail: [goelinke@web.de](mailto:goelinke@web.de)

### SprecherInnenkreis:

Dr. Peter Strathmann, Brunhilde Schöne,  
Thomas Bahrs, Helmut Nebel,  
Gunnar Siebecke

### Fraktion Göttinger Linke

**im Rat der Stadt Göttingen**  
Neues Rathaus, Zi. 196 (1.Stock)  
Hiroshimaplatz 1-4  
37083 Göttingen  
Telefon 05 51-4 00 24 99  
Fax 05 51-400 20 79  
[goelinke-fraktion@goettingen.de](mailto:goelinke-fraktion@goettingen.de)

### Fraktionsmitarbeiterin:

Doreen Wohlrab

### Öffnungszeiten des Büros:

Dienstag, 09-13 Uhr  
Mittwoch, 13-16.30 Uhr  
Donnerstag, 09-17 Uhr

### Fraktionssitzung:

Mittwoch 17 Uhr (öffentlich)

### Mandatsträger:

Patrick Humke (Fraktionsvorsitzender)  
Torsten Wucherpfennig  
Civar Akad

## Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Mittwoch, 18. März, 19.00 Uhr  
Rathaus Raum 112**

**Thema:** Was ist los in den Krankenhäusern?

Es ist ein Gast aus der Gewerkschaft eingeladen





## ► Neuer Landesvorstand gewählt

(Quelle: Homepage DIE LINKE Niedersachsen: <http://www.dielinke-nds.de/politik/aktuelles/detail/zurueck/aktuelles/artikel/neuer-landesvorstand-gewahlt/>)

Der Landesvorstand der niedersächsischen LINKEN hat sich deutlich verändert. Vier der bisherigen Mitglieder des Gremiums waren bereits in den vergangenen zwei Jahren dabei, 14 Genossinnen und Genossen sind neu im Vorstand. Von Sonnabend bis Sonntag (7./8.2.) berieten rund 150 Delegierte über die künftige Politik des Landesverbandes und wählten die neue Führung. Auch die beiden Bundesvorsitzenden Katja Kipping und Bernd Riexinger sprachen auf dem niedersächsischen Parteitag.

Die Delegierten bewältigten eine Fülle von Anträgen zu den Aufgaben des neuen Landesvorstandes und aktuellen politischen Fragen. Die Diskussion und Beschlussfassung über den Leitantrag standen dabei im Mittelpunkt. Am Ende

der mehrstündigen Diskussion wurde der Leitantrag mit überwältigender Mehrheit beschlossen.

Im Leitantrag wird die SPD-Grünen-Koalition im niedersächsischen Landtag scharf kritisiert. Der versprochene Politikwechsel der Landesregierung sei weitgehend ausgefallen, deshalb benötige es einer starken Opposition von links, die getragen sein müsse vom antikapitalistischen Charakter der Partei DIE LINKE. Niedersachsen habe sich nicht die Entscheidung anderer Bundesländer wie z.B. Thüringen, Schleswig-Holstein oder Baden-Württemberg zu eigen gemacht und auf Abschiebungen abgelehnter Asylbewerber in den Wintermonaten insbesondere nach Serbien verzichtet.

In der Bildungspolitik droht, dass die Landesregierung vor der „Gymnasial-

Lobby“ einknicke. Auch bei der Inklusion setzt DIE LINKE eigene Akzente. Solange die finanziellen und materiellen Voraussetzungen für die schulische Inklusion nicht geschaffen worden sind, dürfe es keine Schließung von Förderschulen geben, fordert DIE LINKE Niedersachsen.

Die SPD-Grünen-Landesregierung scheue den Konflikt mit den wirtschaftlich Mächtigen und den Superreichen, das werde in der Steuerpolitik sichtbar, aber auch bei so wichtigen Umweltthemen wie das Fracking.

Darüber hinaus werden im Leitantrag die Grundzüge festgeschrieben, wie die Kommunalwahl 2016 vorbereitet werden soll. Die Zahl der jetzt rund 180 Mandatsträger der LINKEN massiv gesteigert werden.

Die Beteiligung der Basis soll gestärkt werden, indem jetzt Mitglieder in Zusammenschlüssen und in Landesarbeitsgemeinschaften stimmberechtigte Mitglieder im Landesausschuss, dem höchsten Parteigremium zwischen den Parteitag, Stimmrecht bekommen.

## ► Folgende Genossinnen und Genossen in den geschäftsführenden Landesvorstand gewählt:

### **Vorsitzende: Anja Stöck** (KV Harburg-Land)

Sie ist Physiotherapeutin und war Mitglied der WASG seit 2005. Als Beisitzerin gehörte die 49jährige bereits dem alten Landesvorstand an und ist Mitglied der Antikapitalistischen Linken.

### **Vorsitzender: Herbert Behrens** (KV Osterholz)

Der 60jährige Sozialwissenschaftler und gelernte Schriftsetzer gehört dem Bundestag seit 2009 an. Er ist Obmann im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur. Der frühere Gewerkschaftssekretär war bis 1989 Mitglied der DKP, seit 2005 Mitglied der WASG. Dem Landesvorstand gehört er seit 2008 an. Er ist auch seit 2006 Stadtrat in Osterholz-Scharmbeck.

### **Geschäftsführerin: Gisela Brandes-Steggewitz** (KV Osnabrück)

Die 65jährige frühere Gewerkschaftssekretärin war von 2011 bis 2013 Landesvorsitzende. Von 1974 bis 2005 war sie SPD-Mitglied, seitdem Mitglied der WASG.

### **Landesschatzmeister: Hans-Georg Hartwig** (KV Braunschweig)

Der 61jährige Braunschweiger Fraktionsmitarbeiter und frühere Softwareentwickler ist seit 1994 Mitglied der PDS, in den siebziger und achtziger Jahren des KBW bzw. BWK. Er gehörte dem früheren Landesvorstand an und war bereits für die PDS Landesschatzmeister.

### **Stellvertretende Landesschatzmeisterin Marianne König** (KV Northeim)

Die frühere Landtagsabgeordnete mit Schwerpunkt Landwirtschaft und gelernte Krankenschwester war bereits vor 2008

Landesschatzmeisterin. Sie übt diese Funktion auch für das LINKE Kommunalpolitische Forum aus.

Der bisherige Schatzmeister Ole Fernholz und seine Stellvertreterin Helga Nowak wollten ursprünglich erneut antreten, verzichteten aber beim Parteitag auf eine erneute Kandidatur: Aufgrund ihrer Nähe zum fds und eines früheren Konfliktes mit den Bundestagsabgeordneten um höhere Beitragsabgaben und deren Einfluss auf die Landespartei sahen sie keine Chance auf eine Wiederwahl. Das langjährige Landesvorstandsmitglied Michael Ohse scheiterte knapp als einziger Kandidat zum Geschäftsführer, nachdem er bei seiner Bewerbung ähnliche Kritik geäußert hatte.

Als Beisitzerinnen und Beisitzer wurden folgende Genossinnen und Genossen gewählt:

- Heidrun Dittrich (KV Hannover)
- Franziska Junker (KV Leer)
- Viktoria Kretschmer (KV Nienburg)

(...) Fortsetzung auf Seite 11

# DIE LINKE.

im Europaparlament

Sabine Lösing, MdEP

## ► Griechenland – Auch DIE LINKE muss liefern

**Die Demokratie in Griechenland ist erwacht. Der Wahlsieg von Syriza sowie Alexis Tsipras ist die Antwort auf die gescheiterte Euro-Politik sowie die Merkel-Krise. Unsere Aufgabe als deutsche Linke besteht darin aufzuklären, anzugreifen und in Deutschland für einen Aufschwung bei öffentlichen Investitionen, Löhnen und Renten zu sorgen.**

Griechenland hängt wegen der Kürzungsdiktate nun fast sieben Jahre in der Depression, die Massenarbeitslosigkeit beträgt 30 Prozent, jeder zweite Jugendliche ist ohne Job, die Schulden sind trotz oder wegen des härtesten „Sparpakets“ eines Industrielandes in der Nachkriegsgeschichte gestiegen statt zu sinken. Denn die Wirtschaftskraft ist um 25 Prozent seit der Krise eingebrochen. Das Gesundheitssystem ist kaputt, Kinder sind traumatisiert und Oligarchen zahlen noch immer keine Steuern.

Die Bundesregierung hat Wahlkampf für die korrupten Eliten und Oligarchen gemacht. Nun wurde das Merkel-Kartell abgewählt. Die Bundesregierung und die EU-Kommission wissen: Wenn die Linke in Griechenland Erfolg hat, droht die Ansteckung mit dem Syriza-Fieber: Heute Athen, morgen Madrid. Dass wollen sie um jeden Preis verhindern, um weiter auf Kosten der Mehrheit zu kürzen. So droht nun in Deutschland die neue Auflage der „Pleite-Griechen“. Merkel und Co. wollen den deutschen Steuerzahlern einreden, dass sie für das neue Griechenland bluten, weil Syriza einen Schuldenschnitt fordert.

Dabei zeigen drei Finger auf das Bundeskanzleramt zurück: Die Blockade eines frühzeitigen, aber kontrollierten Schuldenschnitts durch Merkel und Co. war Insolvenzverschleppung. Sie hat es den privaten Gläubigern - überwiegend deutsche, französische und Schweizer Banken - ermöglicht, ihre Schäfchen ins Trockne zu bringen und die Risiken auf die Rettungsschirme und somit die Steuerzahler bzw. die Europäische Zentralbank (EZB) abzuwälzen. Die EZB hat jedoch hinreichend Möglichkeiten, die Folgen eines Schuldenschnitts abzufedern, da sie frei bilanzieren kann und über Geldschöpfungsgewinne Abschreibungen auf griechische Staatsanleihen gut verkraftet. Es ist zudem die Kürzungspolitik, die über Rezession zu immer höheren Schuldenquoten führt.

Die EZB will Griechenland von den niedrigen Zinsen abschneiden und zu weiteren Kürzungsdiktaten zwingen. Etwa indem sie keine griechischen Staatsanleihen mehr akzeptiert und somit dem griechischen Bankensystem den Hahn abdreht. Dann bliebe Griechenland nämlich nur der Euro-Exit, um mit eigener Zentralbank die

### Schock-Therapie in Griechenland (seit 2008):

- Löhne und Einkommen um 35% gesenkt, Wirtschaft um ca. 25% eingebrochen
- Arbeitslosigkeit von 7,3 auf 27% gestiegen, Jugendarbeitslosigkeit bei 50-60%
- weniger als 1/3 der Arbeitslosen bekommen Arbeitslosengeld
- 30% der Bevölkerung ohne Krankenversicherung
- staatliche Krankenhäuser um 50% gekürzt
- Säuglingssterblichkeit +21%
- Kindersterblichkeit +43%
- Freitodrate +37%
- HIV-Ansteckungsquote +52%
- Schuldenquote von 120% auf 175% (am BIP) gestiegen.

### Europabüro Göttingen

Lange Geismarstraße 2  
37073 Göttingen  
tel 05 51- 507 66 823  
fax 05 51- 507 66 838  
europabuero-loesing@web.de  
www.sabine-loesing.de

Mitarbeiter: Fritz Hellmer  
Mo-Fr: 10.00-15.30 Uhr



Fabio De Masi (DIE LINKE) ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung des Europäischen Parlaments

Wirtschaft zu beatmen. Doch dies birgt enorme Risiken, wenn die EZB bzw. andere Zentralbanken eine griechische Währung nicht stützen. Es würde zu einer massiven Abwertung kommen. Da Griechenland wegen der Zerstörung der Wirtschaft viele Lebensmittel und Rohstoffe wie Öl importiert, droht dann importierte Hyper-Inflation.

DIE LINKE fordert die direkte Finanzierung öffentlicher Investitionen durch die EZB bzw. die Europäische Investitionsbank statt privaten Banken einfach nur Anleihen abzukaufen und das Casino anzufeuern. Zweitens, einen kontrollierten und selektiven Schuldenschnitt, der Rentenansprüche ausnimmt. Drittens, eine Vermögensabgabe für Millionäre. Es kommt nun vor allem auf uns in Deutschland an Solidarität zu schaffen. Verliert Syriza den Kampf gegen Merkel, EZB und Co. ist die Linke in Europa geschlagen. Daher gilt ab sofort: Wir sind alle Syriza.

## ► Ortsverband DIE LINKE. Hann. Münden: Der Prozess

Nach siebenmaliger Terminverschiebung fand am 6. Februar die Verhandlung über eine Presseerklärung des OV Hann. Münden im Zusammenhang mit der Bürgermeisterwahl 2014 statt. Ein Urteil wurde noch nicht gefällt, vielmehr soll zum nächsten Termin am 5. März geklärt sein, ob der OV Hann. Münden eine passiv parteifähige Organisation sei – und damit verklagbar – oder ob Kirsten Klein als Privatmensch für die Äußerung des OV/OSR allein verantwortlich sei.

### Worum geht es in diesem Verfahren vor- dergründig?

Nachdem unsere Kandidatin Anne Freimuth unerwarteterweise nicht im ersten Wahlgang zur Bürgermeisterin gewählt wurde, kam es zu einer Stichwahl zwischen dem SPD-Kandidaten Wieland und Harald Wegner vom Bürgerforum. Der OV Hann. Münden hatte zu dem Zeitpunkt beschlossen, den SPD-Kandidaten nicht zu unterstützen. Als Geschäftsführer des hiesigen Bauvereins, Vorstandsmitglied und -vorsitzender in diversen Hann. Mündener Organisationen war er neben der SPD-Ratsfraktion ein gewichtiger Teil des SPD-Netzwerks um Roland Schminke und kam für uns als Bürgermeister daher überhaupt nicht in Frage.

Die gegen die Interessen der Bürger gerichtete Politik in Hann. Münden wollte

und will der OV nicht durch die Unterstützung eines SPD-Kandidaten bestätigen.

Hier kommt Rolf Bilstein, der Kläger in dem Verfahren ins Spiel. Er ist mindestens so gut im SPD-Filz vernetzt wie Wieland. Für den OV hatte sich während des BM-Wahlkampfes der Eindruck verstärkt, dass er in seiner Funktion als Geschäftsführer der stadteigenen WWS intensiv Wahlkampf für Wieland betrieb; entsprechend wurde das Ausnutzen Bilsteins für den Wahlkampf durch den OV-Hann. Münden in einer Presseerklärung kritisiert. Durch diese Presseerklärung sieht sich Bilstein in seiner Ehre verletzt, verunglimpft und seinen Ruf als Hann. Mündener Geschäftsmann und Geschäftsführer der WWS geschädigt; er hat darum auf Rücknahme unserer Äußerung und zukünftige Nichtverbreitung geklagt.

### Worum es in Wahrheit geht.

In diesem Verfahren geht es aber nicht darum, dass sich ein Bürger falsch bewertet fühlt und sich via Gericht zur Wehr setzt. Es geht auch nicht um das Recht auf freie Meinungsäußerung, insbesondere während eines Wahlkampfes. Dies spielt für die Argumentation im Verfahren eine wichtige Rolle.

Die Tatsache, dass eben nicht der OV-Hann. Münden, sondern unsere Genossin Kirsten Klein verklagt wurde, zeigt deutlich

die Absicht der Klage. Hier soll eine erfolgreich arbeitende Genossin diskreditiert werden, die eben nicht der vermeintlich inneren Logik folgt, als Linke automatisch der SPD-Politik zu folgen und folgerichtig auch deren BM-Kandidaten zu unterstützen. Kirsten Klein hat in der Vergangenheit viele der filzigen SPD Projekte kritisiert und die öffentliche Diskussion angestoßen (Krankenhaus, Verbrauchermarkt, Barrierefreiheit, ect.) und damit der SPD nicht wirklich Freude gemacht.

Die Nichtunterstützung des Kandidaten Wieland durch den OV hat der SPD freilich einen gewaltigen Strich durch die Rechnung gemacht, mit Ratsmehrheit und Bürgermeister sämtliche fragwürdigen Projekte im Handstreich durchzuziehen. Von unterschiedlich glaubwürdigen Seiten wurde uns seit der BM-Wahl zugetragen, dass es eine vorrangiges Ziel der SPD sei, den OV-Hann. Münden, insbesondere die Ratsfrau Kirsten Klein persönlich „fertig“ zu machen und dieses Verfahren nur ein Teil zur Verwirklichung dessen sei.

Auch wenn manche GenossInnen im Kreisverband mit unserer Entscheidung zur BM-Wahl nicht einverstanden waren: hier ist Solidarität gefragt, Solidarität nicht nur politisch innerhalb unseres Kreisverbandes, unserer Partei – auch persönliche, menschliche Solidarität. Wir müssen als Kreisverband geschlossen hinter unserer Genossin stehen und das auch nach außen deutlich machen.

Der Prozess wird am 5. März weitergeführt.

## ► Bioregio- Schulgutachten bestätigt LINKE.

Beim Kreis-Schulausschuss am 12. Februar wurde das Bioregio-Gutachten zur Schulentwicklung im Landkreis vorgestellt. Anders als in der Stadt wird hier von deutlich sinkenden Schülerzahlen ausgegangen. Ein Mix verschiedener Schulformen wird daher für die Zukunft als problematisch angesehen. So wird die Position der LINKEN bestätigt, dass Haupt- und Realschulen ähnlich wie in der Stadt auch in der Fläche kaum mehr zukunftsfähig sind und die Einrichtung neuer Gesamtschulen empfohlen. Für

Hann. Münden bedeutet dies, Haupt- und Realschulen zu schließen und neben dem Gymnasium eine IGS zu errichten. Auch die Duderstädter Haupt- und Realschulen seien auf Dauer nicht mehr lebensfähig. Also eine schallende Ohrfeige für das dreigliedrige Schulsystem.

Für die KGS Gieboldehausen wird übrigens eine eigene Oberstufe unabhängig vom Duderstädter Gymnasium empfohlen. Dies können DIE LINKEN im Kreistag ebenfalls unterstützen.

(...) Fortsetzung von Seite 9

Rita Krüger (KV Hildesheim)  
Petra Schmitz (KV Uelzen)  
Behiye Uca (KV Celle)  
Thomas Bartsch (KV Wesermarsch)  
Andreas Brändle (KV Hannover)  
Mizgin Ciftci (KV Osterholz)  
Lars Leopold (KV Hildesheim)  
Andreas Maurer (KV Osnabrück-Land)  
Veli Yildirim (KV Hannover)  
Philipp Zimmermann (KV Braunschweig)

Der Göttinger Kandidat Eckhard Fascher wurde nicht gewählt.



## ► 10 Jahre Hartz-IV –

### 10 Jahre Drohungen, Demütigungen, Entmündigung

Als ich im Bundestagswahlkampf 2009 die Informationen über die An- und Hochrechnung von Betteleinkünften auf die Hartz-IV-Leistungen eines Göttinger Bürgers erhielt und öffentlich machte, brach ein deutschlandweiter Medienrummel aus. Man dachte, das wäre ein Einzelfall. Mittlerweile weiß ich aus vielen Berichten, wie schikanös und entwürdigend mit Menschen umgegangen wird, die sich in den Fallstricken von Hartz-IV wiederfinden.

Neuestes Beispiel: Ich wurde gebeten, eine Frau zum Notar zu begleiten, die vom Landkreis aufgefordert worden war, eine „Erteilsverpfändungserklärung“ zu unterschreiben. Es geht um ein achtel einer Doppelhaushälfte, dass noch von der 80-jährigen Mutter, der Schwester und einer Tante (den anderen Anteilseignerinnen) bewohnt wird.

Dass es nicht zu der Unterschrift kam, ist allein der Intervention eines Rechtsanwaltes und der Weigerung der Frau zu verdanken. Denn bisher seien die Verfahren immer ohne Probleme verlaufen, so der anwesende Vertreter des Landkreises. Weder dem Notar noch mir war diese Praxis bisher bekannt. Sie dürfte aber tatsächlich im Landkreis

Göttingen schon mehrfach angewandt worden zu sein. Mit einer Schuldanerkenntnis und dem notariell beglaubigten Eintrag ins Grundbuch scheint sich der Landkreis den Unannehmlichkeiten einer Zwangsräumung und -versteigerung entledigen zu wollen und zudem möchte er ein dauerhaftes Druckmittel in der Hand haben.

Da selbst der Notar nach den von uns vorgebrachten Einwänden vom Landkreisvertreter keine klare Stellungnahme mehr heraus bekam, schickte er die Parteien nach Hause mit der Aufforderung erst einmal Klarheit zwischen den Beteiligten auf der sozialrechtlichen Ebene zu schaffen, um ihn dann ggf. erneut aufzusuchen.

Wie diese Klärung ausgeht, und ob der Landkreis bereit ist, erst einmal abzuwarten, bis die laufende rechtliche Klärung des Leistungsanspruchs entschieden wird, bleibt abzuwarten. Was ich dann aber im Gespräch nach dem Notarbesuch von der Frau erfuhr, macht mich vollends wütend. Seit September (dem Monat, zu dem laut Bescheid des Amtes die Erteilsverpfändung laufen sollte) hat sie noch keinen Pfennig/Cent als Leistung erhalten. Und weil dies so

ist und sie sich deshalb bisher vergeblich an den Leistungsträger wandte, bekam sie ein Schreiben mit der Aufforderung, zu belegen, wie sie die Monate ohne Leistungsbezug leben – oder besser überleben – konnte. Das ist doch nur so zu verstehen, dass ihr unterstellt wird, dass sie die staatliche Unterstützung eigentlich nicht benötige, da sie ja auch so über die Runden komme.

Welcher Zynismus: Da wird von der Antragstellerin die Beweisspflicht verlangt, wie sie auch ohne Transferleistungen monatelang existieren konnte. Da sollen womöglich Bekannte und Freunde noch eidesstattliche Erklärungen abgeben, wann und wie viel sie ihr möglicherweise geliehen haben. Wo leben wir denn.

Da wird gepokert und geschachert, um die Erben riesiger Vermögen möglichst wenig heranziehen zu müssen. Da werden Milliarden von Steuergeldern hinterzogen und/oder für unsinnige, völlig überbeuerte Prestigeprojekte in den Sand gesetzt. Und den wirklich auf Hilfe angewiesenen Menschen wird das „letzte Hemd ausgezogen“ und das in einer Form, die an Entwürdigung, Demütigung und Dreistigkeit kaum mehr zu überbieten ist.

Nachtrag: Mittlerweile liegt ein neuer Bescheid für das nächste Halbjahr vor, in dem genau diese Erteilsverpfändung wieder verlangt wird – wieder als Voraussetzung für die der Frau zustehenden Zahlungen. gn

(...) Fortsetzung „**Willkommenskultur in Göttingen!?**“ von Seite 1

Auch wenn in den 2000er Jahren nur vergleichsweise wenige Flüchtlinge nach Göttingen kamen, lebten viele bereits gut integrierte Menschen unter restriktiven Bedingungen und mit der ständigen Furcht, abgeschoben zu werden. Immer wieder kam es in Göttingen zu Abschiebungen auch von in Deutschland Aufgewachsenen. Immer noch gibt es für geduldete Menschen massive Einschränkungen und Diskriminierungen bei der Arbeitsaufnahme, der Ausbildung oder medizinischen Versorgung und Freizügigkeit: sie dürfen Niedersachsen nicht ohne Genehmigung verlassen.

Mittlerweile haben die Flüchtlingszahlen vor allem aufgrund der neuen Konflikte wieder deutlich zugenommen. Rund

siebenhundert Flüchtlinge erwartet die Sozialdezernentin Dagmar Schlapeit-Beck im laufenden Jahr in Göttingen. Sicherlich ist gerade in Göttingen in den letzten dreißig Jahren einiges passiert. Dies ist allerdings vor allem linken Solidaritätsgruppen zu verdanken, die sich kompromisslos und vorbehaltlos für die Flüchtlinge eingesetzt und Betreuungs-, Beratungs- und Bildungsangebote aufgebaut haben.

Durchaus vorbildlich ist auch die Betreuung für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge durch die kommunale Jugendhilfe Südniedersachsen. Diese kümmern sich um jeden Einzelfall, geben den Jugendlichen Wohnraum, eine schulische und berufliche Ausbildung

und führen Freizeitaktivitäten durch. Nur sind diese (zumeist) Jugendlichen in der Obhut des Jugendamtes und nicht der Ausländerbehörde.

Jedoch stößt der von Stadtrat und Kreistag gefasste Beschluss, eine Willkommenskultur für Migrantinnen und Migranten zu etablieren da an ihre Grenzen, wo man Menschen lieber im Mittelmeer ertrinken lässt, als sie in das EU-Europa zu lassen, in dem die herrschende Klasse ein restriktives und inhumanes Aufenthaltsrecht für Zufluchtsuchende etabliert hat. ef